

Integrationskonzept für die Stadt Ettlingen

– Kenntnisnahme und Entscheidung über das weitere Vorgehen

Beschluss: (einstimmig)

1. a) **Das vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück erarbeitete „Integrationskonzept für die Große Kreisstadt Ettlingen“ wird zur Kenntnis genommen.**
 - b) **Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat auf Basis der Handlungsempfehlungen, unter Ermittlung der Kosten, konkrete Maßnahmen zur Entscheidung vorzulegen.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, das Integrationskonzept regelmäßig fortzuschreiben.**

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Ausgangslage

Die Stadt Ettlingen gehört zu den Städten in Baden-Württemberg, die sich im Kontext der migrations- und integrationspolitischen Reformen seit dem Ende der 1990er Jahre zunehmend mit der Frage befassen, in welcher Weise ihre Kommune von Zuwanderung und der Niederlassung von Migranten betroffen war und ist und wie dieser Prozess mit den politischen Mitteln einer Kommune sinnvoll begleitet und gestaltet werden kann. Bereits der Familienbericht (Familien in Ettlingen – Situation+Perspektiven der kommunalen Familienförderung, Ettlingen 2002) hat erstmals auf die Notwendigkeit einer nachhaltigen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hingewiesen. Im Rahmen des Ettlinger Sozialforums im November 2006 (Symposiums III „Integration – eine Herausforderung für die Kommune auf mehreren Ebenen“) wurde das Thema erneut aufgegriffen und vom Leiter des IMIS-Instituts der Universität Osnabrück, Prof. Dr. Michael Bommers, ausführlich und kompetent dargestellt.

Dabei wurde deutlich, dass gerade den Kommunen in der Gestaltung einer (nachholenden) Integrationsförderung eine ganz besondere Rolle zukommt. Während der Bund mit seiner allgemeinen Gesetzgebungskompetenz in Fragen von Zuwanderung, Aufenthalt und Niederlassung (Zuwanderungsgesetz), sowie insbesondere in seiner Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik wesentliche Bedingungen der Integration in den Bereichen Arbeit, Familie und Bildung festlegt, leisten die Kommunen „vor Ort“ in vielfacher Weise die eigentliche soziale Integration. Die Verwaltung begreift daher die Integration von Zuwanderern als eine dauerhafte Aufgabenstellung, die der angemessenen Vorausschau und der nachhaltigen Gestaltung bedarf.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung – nachdem der Gemeinderat im Haushaltsplan 2008 die notwendigen Mittel hierfür bereitgestellt hat – das IMIS-Institut (Prof. Dr. Michael Bommers und Prof. Dr. Andreas Pott) gebeten, ein Integrationskonzept für die Stadt Ettlingen

mit dem Ziel zu erarbeiten, damit eine fundierte Basis dafür zu schaffen, dass die Integration des zugewanderten und absehbar dauerhaft sich niederlassenden Teils der Stadtbevölkerung in wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Hinsicht nachhaltig befördert werden kann. Dabei war es Aufgabe dieses Integrationsplans, Grundlagen dafür bereit zu stellen, dass die Stadt sich auf der Basis des Erreichten sowie eines verbesserten Wissens über die soziale Integration ihrer Zuwanderer, ihrer Stärken und Schwächen selbst in die Lage versetzen kann, mit Blick auf die vorhandenen Möglichkeiten sinnvolle Ziele für überschaubare Zeiträume in realistischer Weise zu setzen. Dies setzt jedoch voraus, dass man nicht nur um die Möglichkeiten und Grenzen der kommunalen Integrationspolitik weiß, sondern auch kontinuierlich die Entwicklung der kommunalen Integrationsverhältnisse beobachtet, um daran die jeweilige Integrationspolitik bzw. die erforderlichen Integrationsmaßnahmen ausrichten zu können.

Der vom IMIS-Institut vorgelegte Integrationsplan gliedert sich daher in folgende Abschnitte:

- Integrationsverständnis, Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Integrationspolitik
- Darstellung der demographischen Verhältnisse, Stand der Integration in den Bereichen Bildung, Arbeit und Wohnen
- Integrationspolitisch relevante Einrichtungen und Angebote in Ettlingen
- Migration und Integration im Arbeitsalltag der Verwaltung
- Selbstorganisation von Migranten als Integrationspotential auf der Grundlage des bürgerschaftlichen Engagements
- Exkurs: Ettlingen-West
- Handlungsempfehlungen

Monitoring

Als Problem für die Erarbeitung der Integrationskonzeption stellte sich die sehr heterogene und oftmals schwer aufeinander beziehbare Datenlage dar. So sammeln z. B. die Bundesagentur für Arbeit und das Statistische Landesamt Baden-Württemberg umfangreiche Daten über Ettlingen, werten diese in einigen Bereichen jedoch nur bis auf Landkreisebene aus und können daher nur Auskunft über Karlsruhe, nicht aber über Ettlingen geben. Fehlende Erhebungen konnten daher nur bedingt durch Daten der Stadtverwaltung ergänzt werden, denn: Erstens entsprechen die Bezirke der Bundesagentur für Arbeit nicht den Stadtgrenzen (Karlsbad, Malsch, Marxzell und Waldbronn gehören mit hinzu) und: Zweitens unterscheiden sich die Datengrundlagen des Statistischen Landesamtes von denen der Stadtverwaltung, da sich die Daten der Stadtverwaltung auf das Melderegister stützen und das Statistische Landesamt auf die Fortschreibung der letzten Volkszählung (1987).

Aus Sicht der Verfasser der Studie kann eine effektive kommunale Integrationspolitik nur auf der Basis eines gesicherten Wissens über den Stand der Integration der Migranten und ihrer Familien, ihrer Defizite sowie den Stand der Beziehungen zwischen deutscher (bzw. alt eingewandelter) und dauerhaft niedergelassener Zuwanderungsbevölkerung gelingen. Um Ressourcenverschwendung zu vermeiden, die Erfolgswahrscheinlichkeit von integrationspolitischen Maßnahmen zu erhöhen und die Potentiale, die internationale Zuwanderungen bieten, zu nutzen, sollte sich die Verwaltung also ein möglichst detailliertes Bild über die Lebenslage ihrer Bevölkerung in Bezug auf Migration und Integration machen können. Es wird daher vorgeschlagen, die vorliegende Integrationskonzeption regelmäßig fortzuschreiben. Dies ermöglicht einen sachangemessenen Überblick über zentrale Aspekte des Integrationsstandes der Ettlinger Migrationsbevölkerung und schafft außerdem die Voraussetzung dafür, regelmäßige Erfolge und Misserfolge kommunaler Integrationspolitik, Erreichtes und Verfehltes politischer Planung überprüfen zu können und ggf. entsprechende Korrekturen vornehmen zu können.

Die Verwaltung schlägt daher vor, künftig einen regelmäßigen Integrationsbericht (alle zwei Jahre) zu erarbeiten. Auf der Basis dieses Integrationsberichts sollen – im Benehmen und in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Dienststellen (Querschnittsaufgabe), Institutionen, Vereinen und Einrichtungen - in den einzelnen integrationspolitischen Handlungsfeldern spezifische Handlungskonzepte entwickelt und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Schwerpunkt: Sprachförderung

Ein weiterer Hauptschwerpunkt ist die Sprachförderung. Dabei gilt der Fokus der Bemühungen nicht allein den Einrichtungen der vorschulischen Bildung, vielmehr sollen auch im Bereich der Grundschule entsprechende Angebote der Sprachförderung als festes Förderangebot installiert werden. Die Schillerschule konnte dabei bereits einen ersten Intensivkurs für sechs Grundschul Kinder fixieren. Insgesamt liegt der derzeitige Sprachförderbedarf – allein an der Schillerschule – bei rund 50 Kindern. Als Hauptproblem ist jedoch die Tatsache zu sehen, dass derzeit kaum geeignete Fachkräfte für diese Sprachförderung gefunden werden können.

Darüber hinaus hat sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlingshilfe (BAMF) bereit erklärt, entsprechende Finanzmittel für die Sprachförderung der Erwachsenen (Eltern) in Ettlingen zur Verfügung zu stellen. Unter dem Motto „Mama lernt Deutsch“ sollen vorwiegend an den Grundschulen und den Kindergärten der Kernstadt entsprechende Sprachkurse angeboten werden. Diese BAMF-Kurse sind mit einem Stundenumfang von rund 960 Kursstunden sehr anspruchsvoll und vermitteln bei erfolgreichem Abschluss einen guten Sprachstandard. Die Volkshochschule Ettlingen prüft derzeit, ob sie als zertifizierter Träger dieser Sprachkurse für das BAMF fungieren kann.

Das vorliegende Integrationskonzept wird in der Sitzung des Verwaltungsausschusses von Herrn Prof. Dr. Michael Bommers vorgestellt. Alle Mitglieder des Gemeinderats haben in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 01.04.2009 ein Exemplar erhalten.

- - -

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 21.04.2009 statt. Auf die Erläuterungen zu dieser Sitzung, die allen Mitgliedern des Gemeinderats zugingen, wird hingewiesen.

- - -

Oberbürgermeisterin Büssemaker erläutert diesen Tagesordnungspunkt.

Stadtrat Stemmer weist darauf hin, dass dieses Thema sehr ausführlich im Verwaltungsausschuss diskutiert worden sei und er bedankt sich bei allen Beteiligten für die Mitarbeit und die Lieferung der Daten. Er erklärt, dass das Konzept leide, da gelegentlich nur vage Aussagen gemacht werden können, aufgrund der nicht verlässlichen Datenlage, jedoch enthalte das Konzept auch einige Empfehlungen, die umgesetzt werden können und teilweise vorher auch schon bekannt gewesen seien. Er betont, dass „Sprachförderung“ ein wichtiges Thema sei und es so wäre, dass bei einem Kinderanteil von 100 % 95 % der Kinder einen Kindergarten besuchen und nicht gesagt werden könne, welche 5 % fehlen. Er plädiert dafür, dass die Daten auch nachgearbeitet werden und als eine Maßnahme „Verbesserungen für Schulabgänger von der Hauptschule“ erarbeitet werden müssten, da diese oft keinen Ausbildungsplatz finden. Er ergänzt, dass insbesondere bei den Migranten eine enge Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt erfolgen müsse. Er weist darauf hin, dass heute keine Festlegung getroffen werde, dass dieser Bericht alle zwei Jahre fortgeschrieben werde.

Stadträtin Dr. Eyselen vertritt die Auffassung, dass ein Großteil der Zahlen bekannt gewesen sei und man in Ettlingen einen Ausländeranteil von 9,5 % habe und 27 % der Migranten in Ettlingen-West leben. Ihrer Meinung nach habe man ein bildungspolitisches Problem, da die meisten der eben genannten Bevölkerungsgruppen eine Hauptschule besuchen würden und hier das Thema „Sprachförderung“ eine wichtige Rolle spiele. Sie betont, dass ein frühzeitiger Besuch des Kindergartens wichtig sei, aber ihrer Ansicht nach es nicht ausreichend wäre, wenn die Erzieherinnen sprachpolitisch weitergebildet werden und bei diesem Thema auch der Bund und das Land gefordert seien, da die Kommune dies alleine nicht leisten könne. Sie bedankt sich bei den Einrichtungen in Ettlingen, wie beispielsweise bei dem eff-eff, die im Bereich der Integration und Sprachförderung tätig sind. Auch sie spricht sich gegen eine zweijährige Fortschreibung des Integrationskonzepts aus und stimmt für die FE-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Lorch stellt klar, dass es auch eine Bewusstseinsfrage der Ausländer sei und auch eine Motivationsfrage, ob diese sich integrieren möchten, da dies bei einigen sicherlich nicht der Fall wäre. Andererseits habe man hier auch eine Kulturabstandsfrage, nämlich ob die Leute aus dem europäischen oder z. B. aus dem islamischen Raum nach Ettlingen kommen. Er betont, dass Deutschland Zuwanderer brauche, da dies eine Stabilisierungsfrage für die weitere Entwicklung sei. Er bedankt sich für die vorgelegte Analyse, die zwar teilweise keine gesicherte Datenlage enthalte, jedoch fortgeschrieben werden sollte. Er betont, dass es auch um die Spätaussiedler gehe und stimmt für die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu. Er berichtet, dass die Bundeskanzlerin erstmals eine Einbürgerungsurkunde überreicht habe und dies als Handlungsorientierung für Ettlingen übernommen werden könnte. Er plädiert dafür, dass die Sprachförderung in Deutsch und nicht in Englisch vorangetrieben werde.

Stadträtin Saebel lässt wissen, dass die Datengrundlage wichtig sei, jedoch die Zahlen im Vorfeld teilweise bekannt gewesen seien. Sie bedauert, dass dieses Integrationskonzept keine konzeptionellen Ansätze enthalte, in welche Richtung der Gemeinderat weiterhin handeln bzw. entscheiden solle. Sie stellt klar, dass daher die Verwaltung Ideen entwickeln sollte. Sie erläutert, dass Integration bereits im Kindergarten stattfindet und die Kindergarten-Gruppen daher ethisch gemischt sein sollten, was jedoch meist nicht der Fall wäre. Dann würden die Migranten in die Schule kommen, die jedoch wiederum in ihrem Wohngebiet liegen und nicht ethisch gemischt sei und später am Arbeitsplatz sei es für den Spracherwerb zu spät. Sie vertritt die Auffassung, dass Sprachförderung im Kindergarten zwar vorgenommen werden müsste, jedoch dieser Zeitpunkt fast schon zu spät sei. Sie fordert die Verwaltung auf, darauf zu achten, dass in den Gebieten, in denen die Stadt Wohnungen vermietet, auf eine „Durchmischung“ geachtet werde. Sie erklärt abschließend, dass sie auf Vorschläge seitens der Verwaltung hoffe und wirbt dafür, mehr aufeinander zuzugehen.

Stadträtin Lumpp begrüßt diese Datengrundlage und dass das Thema als solches anerkannt werde und der Gemeinderat dies nun angehen wolle. Sie widerspricht Stadträtin Saebel in der Aussage, dass in Ettlingen Ghettosierungen vorhanden seien. Ihrer Meinung nach würden in der Altstadt und in den Ortsteilen eher weniger Ausländer wohnen und in Teilen der Kernstadt aber auch im Bereich der Spinnerei wäre eine „Durchmischung“ vorhanden. Sie begrüßt, dass in diesem Bereich nun etwas getan werden solle, die Sprachförderung sehr wichtig wäre, jedoch eine Integration voraussetze, dass diese auch gewollt ist. Sie nennt als perfektes Beispiel für die Integration Herrn Stadtrat Palermo und dass es wie in seinem Fall immer sein sollte.

Stadtrat Dr. Böhne erläutert, dass das Problem der Integration in Ettlingen vergleichsweise kein brennendes Thema sei, er jedoch den verständlich formulierten Bericht begrüße, dessen Inhalt eine statistische Aufarbeitung sei. Er fügt hinzu, dass in dem Bericht gesagt werde, dass ein Mangel an Informationen bestehe und ein Monitoring gefordert werde, was letztendlich zu einer regelmäßigen Berichterstattung führen sollte. Er weist darauf hin, dass der Bericht aufzeige, dass im Bereich der Integration bereits viele Maßnahmen vorhanden seien, die jedoch offensichtlich nicht ausreichend wären. Er betont, dass der Gemeinderat

sich darüber bewusst sein müsse, dass die Umsetzung der im Bericht aufgelisteten Maßnahmen einen personellen und finanziellen Aufwand mit sich bringe und daher der Spagat gemacht werden müsse, welche Maßnahmen zwingend umgesetzt werden sollten und welche nicht. Er stimmt für die FDP dem Beschlussvorschlag zu.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker fügt dem hinzu, dass bei der Nennung von Personen auch der Halbtaliener Herr Stadtrat Worms genannt werden müsse. Sie informiert darüber, dass der Betrag von 20.000 €, der in den Haushalt eingestellt worden sei, nicht nur für die Entstehung des Gutachtens, sondern auch für die Unterkunft, Verpflegung etc. des Mitarbeiters gewesen seien, der diesen Bericht erstellt hat. Sie ergänzt, dass dieser Bericht nicht alle zwei Jahre fortgeschrieben werden solle und der Beschlussvorschlag in Ziffer 2 daher in „regelmäßig“ umformuliert worden sei. Zum Vorschlag von Stadtrat Lorch, Einbürgerungskunden zu überreichen, lässt sie wissen, dass dies der Landkreis als zuständiges Organ mache und sie selbst zum diesjährigen Jahresempfang alle Neubürger eingeladen habe. Sie berichtet, dass sie heute erst wieder Gespräche mit Vertretern der Wirtschaft geführt habe und diese wiederholt gesagt haben, dass in Ettlingen ein Mangel an Fachkräften aber auch an ungelernten Kräften bestehe.

Bürgermeisterin Petzold-Schick erläutert, dass mit der Sprachförderung bereits im Vorkindergarten begonnen werden sollte und sie unter anderem mit Logopäden im Gespräch stehe, um dies umzusetzen. Sie führt weiter aus, dass hier auch die Schulen mit ins Boot genommen werden müssten und in den vorgelegten Zahlen im Integrationskonzept Handlungsempfehlungen für die Stadt stecken würden.

Stadtrat Lorch vertritt die Auffassung, dass die Gemeinde als Moderator dieses Themas auftreten müsse und nicht nur als Finanzträger und vor allem in diesem Bereich das bürgerschaftliche Engagement sehr wichtig sei. Er fügt hinzu, dass es in Pforzheim ein soziales Netzwerk von Kirchen, Streetworkern, Sportvereinen etc. gäbe, die sich gerade auch für die Eingliederung von Spätaussiedlern einsetzen und dieses Projekt erst vor kurzem einen Preis erhalten habe.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig oben stehender Beschluss gefasst.

gez.

Gabriela Büsse-maker
Oberbürgermeisterin